FDP - Fraktion
Stadtrat Magdeburg

Aktuelle Debatte – Sitzung des Stadtrates am 24. Januar 2013
Thema: STARK IV – Entschuldungshilfen des Landes Sachsen-Anhalt für Kommunen
Redebeitrag Stadtrat Dr. Helmut Hörold, stv. Fraktionsvorsitzender

Anrede
Als fünfter Redner ist es schon nicht leicht, zu diesem Thema noch wesentliche Punkte vorzutragen. Deshalb möchte ich den bisherigen Ausführungen meiner Vorredner zu den Bemühungen und Aktivitäten des Stadtrates zum Thema Konsolidierung der Finanzen grundsätzlich zustimmen.

Lassen Sie mich unser Statement auf wenige Punkte beschränken.
Das den Kommunen von Sachsen-Anhalt angetragene Geschenk des Finanzministers der Landesregierung ist in seiner derzeitig bekannten Ausgestaltung stark – vierfach stark

1. Es ist ein „starker“ Schlag gegen unsere bisherigen Bemühungen zur Haushaltskonsolidierung.

Wenn am 30. Januar 2013 durch den Finanzausschuss des Landtages die Verpflichtungsermächtigungen für das 400 Mio Zehnjahrespaket beschlossen werden sollten, bedeutet das, dass Magdeburg 25 Mio., Halle 75 Mio. und Dessau-Roßlau 4,5 Mio Euro erhalten werden.

Unsere Fraktion handelt bei Entscheidungen zu Haushaltsfragen im Wesentlichen nach dem Grundsatz: Es kann nur das ausgegeben werden, was eingenommen wurde.
Diese Haltung findet nicht immer Zustimmung im Stadtrat. Offenbar auch nicht bei der Landesregierung, die die belohnt, die bei vergleichbaren Rahmenbedingungen wie z.B. Einwohnerzahl und Wachstumspotenzialen die meisten Schulden gemacht und sich am wenigsten um die Konsolidierung bemüht haben!

Die Frage ist: Sollen wir künftig umdenken oder sind die Konditionen zur Mittelvergabe des STARK IV-Programms einfach nur unausgegoren? Ist das Programm einfach nur schlecht gemacht? Ich erinnere an die mehr als kritischen Stellungnahmen der kommunalen Spitzenverbände.

Anrede
2. Es ist ein scheinbar „starkes“ Zeichen: 400 Mio. Euro in 10 Jahren zum Abbau von Altschulden der Kommunen von Sachsen-Anhalt.

Für Magdeburg sind es 25 Mio Euro.

Die gesetzten Randbedingungen des Landes sind dabei natürlich einzuhalten. Und wir fordern, dass die Rahmenbedingungen auch nicht durch Reduzierung anderer Zuweisungen verändert – soll heißen gekürzt – werden dürfen.

Bei linearer Betrachtung bedeutet das für Magdeburg einen jährlichen zusätzlichen Zuschuss in Höhe von 2,5 Mio. Euro – das sind weniger als 0,5% des Jahreshaushalts unsere Stadt! Welche Auflagen wir dafür erfüllen müssen, ist – mir jedenfalls - bisher nicht bekannt. Wird möglicherweise unser Handlungsspielraum weiter eingeschränkt?

Herr Zimmermann und liebe Stadträtinnen und Stadträte - die Frage ist: Lohnt sich das für Magdeburg überhaupt?

Anrede
3. Es ist ein „starkes“ Angebot des Landes als großes Vorbild der Haushaltskonsolidierung.

Das Land als „großzügiger“ Geldgeber hat bei einem Haushalt von knappen 10 Mrd. Euro im Jahr 2011 mit

- einer Steuerdeckungsquote von knapp 50%
- weiteren Nettokreditaufnahmen von ca. 500 Mio
- Zuweisungen von Bund und Ländern von ca. 3 Mrd

bisher einen Schuldenberg von über 22 Mrd. Euro angehäuft, d.h., seit der Wende kam jedes Jahr eine Milliarde an Schulden hinzu.
Im Vergleich dazu sind wir als Stadt Magdeburg Waisenknaben!

Anrede
4. Es ist eine Aufforderung zum „starken“ Aufbegehren!

Stadtrat und Verwaltung haben in den vergangenen Jahren wichtige und oft auch schmerzhafte Entscheidungen getroffen, um klare Zeichen in Richtung Haushaltskonsolidierung zu setzen und dies mit Erfolg. Übrigens nicht wegen, sondern trotz eines Finanzausgleichsgesetzes, dass für die kreisfreien Städte viele Unwuchten enthielt. Und auch die jetzige Fassung einhält noch einige „Baustellen“, wie Herr Zimmermann in der Diskussion um den HH 2013 formulierte. Dazu gehört auch, dass wir unsere Altschulden nicht durch die Erwirtschaftung von Überschüssen abbauen dürfen.
Dafür gibt es jetzt STARK IV .

Lassen Sie mich an ein anderes Landesprogramm erinnern: STARK III, das Programm zur energetischen Sanierung und besseren IT-Ausstattung in Kitas und Schulen, das aufgelegt wurde, als wir in Magdeburg mit unseren PPP- Paketen bei der Schulsanierung bereits erfolgreich eigene Wege gegangen waren. Bereits dieses Landesprogramm greift in die kommunale Selbstverwaltung ein, weil es noch EU-Mittel mobilisiert und Investitionen nur an Standorten zulässt, die langfristig stabile Schülerzahlen aufweisen. Wer kann das heute schon sagen, nochzumal bei einer Landesregierung, die grundlegend in die Schulstrukturen und damit Schülerbewegungen eingreift!

Anrede
Wir als Fraktion sind dafür, geeignete Aktivitäten anzustoßen, um die Prämissen der Zuweisungen durch das Land gerecht zu gestalten – gerecht im umfassenden Sinn, eingebettet in den Gesamtzusammenhang von steuer- und finanzpolitischen Entscheidungen und Grundsätzen.
Dies einzufordern, unterstützen wir den Oberbürgermeister.

Es gilt das gesprochene Wort!